

SP Fraktion – Sitzung vom 6. März 2007

## Thesen für eine zukunftsgerichtete Armee reform

Die SP Fraktion spricht sich gegen die jüngsten militärpolitischen Entscheide der SiK Ständerat aus. Der Kniefall vor ewiggestrigen Isolationisten ist der SP unverständlich. Sie wird, falls der Ständerat an den Anträgen ihrer SiK nicht noch wesentliche Korrekturen anbringt, den Entwicklungsschritt 2008/2011 erneut ablehnen müssen.

1. Bundesrat, SP, FDP und CVP sprachen sich in Flims für eine Halbierung der Anzahl Panzer- und Artillerietruppen aus. Dies entspricht der sicherheitspolitischen Lage, dem internationalen Trend und spart Kosten. Nun stellt die SP mit Erstaunen fest, dass sich Bundesrat und einzelne Vertreter der FDP und CVP dem SVP-Diktat beugen wollen, und die SiK-Ständerat entgegen jeder strategischen Vernunft einen geringeren Abbau der mechanisierten Truppen empfiehlt. Die SP-Fraktion hält mit Blick auf eine zukunftsgerichtete Armee reform daran fest, die Anzahl Panzer- und Artillerietruppen zu halbieren.
2. Bundesrat, SP, FDP und CVP sprachen sich in Flims für eine Verdoppelung der Anzahl Soldaten aus, die für Friedensoperationen im Ausland zu Verfügung stehen sollen. Nun stellt die SP mit Erstaunen fest, dass sich Bundesrat und einzelne Vertreter der FDP und CVP dem SVP-Diktat beugen wollen und auf dieses Ziel vorläufig verzichten. Dieser Kniefall vor der SVP wird von Bundesrat Schmid und der SiK-S damit begründet, die für den Ausbau der Auslandsätze benötigten rund 30 zusätzlichen Berufsoffiziere stünden nicht zur Verfügung, und die GPK fordere in ihrem Bericht, das knappe Berufspersonal prioritär in der Ausbildung einzusetzen. Bloss: Es gibt – etwa in der MilSich (81 Fachberufsoffiziere und 514 Fachberufsunteroffiziere) und in der Verwaltung (255 Berufsoffiziere) – ausreichend Berufspersonal, um die friedensfördernden Einsätze im Ausland auszubauen, ohne dass darunter die Ausbildung leidet. Zusätzlich ist die zeitliche Erstreckung des Ausbildungsbetriebes in weniger prioritären Bereichen zu prüfen. Die SP ist überzeugt: Das Argument ist vorgeschoben und beweist höchstens die unzureichende Planung im VBS. Die SP-Fraktion hält mit Blick auf eine zukunftsgerichtete Armee reform am Ziel fest, bis 2011 ein zusätzliches Kontingent für friedensfördernde Einsätze im Ausland bereitzustellen.
3. Die FDP-Fraktion fodert in einer Parlamentarischen Initiative die Verdoppelung des Anteils Durchdiener von 15 auf 30 Prozent eines Rekrutenjahrgangs. Die SiK-Nationalrat unterstützte dieses Ziel im November mit grosser Mehrheit (18 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen). Nun stellt die SP mit Erstaunen fest, dass sich einzelne Vertreter der FDP und CVP dem SVP-Diktat beugen wollen und in der SiK-Ständerat mit 6 zu 5 Stimmen und ohne Enthaltungen der Parlamentarischen Initiative der FDP-Fraktion keine Folge geben wollen. Die SP-Fraktion begrüsst, dass die SiK-N mit 14 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen ihren Entscheid bekräftigte. Mit Blick auf eine zukunftsgerichtete Armee reform und auf das Ziel, die Rekrutierungsbasis für vermehrte friedensfördernde Einsätze im Ausland zu verbreitern, ist an der Erhöhung des Anteils Durchdiener festzuhalten.
4. Der Bestand der Schweizer Armee ist massiv überhöht. Die Verdoppelung des Anteils Durchdiener von 15 auf 30 Prozent senkt den Bestand der Armee (inkl. Rekruten) automatisch von 140'000 auf rund 100'000. Vor diesem Hintergrund hat die SP Fraktion die Motion 06.3865 eingereicht, die im Sinne eines ersten Schrittes festschreiben will, den Bestand der aktiven Armee auf 100'000 Militärdienstpflichtige zu senken.

5. Die heutige Praxis des Einsatzes der Armee im Innern ist nicht verfassungskonform. Artikel 58 Absatz 3 der Bundesverfassung beschränkt den Einsatz der Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit auf Fälle, in der diese «schwerwiegend» bedroht ist.<sup>1</sup> Es liegt keine «schwerwiegende» Bedrohung der inneren Sicherheit vor, wenn in der Schweiz Fussball gespielt wird, die bürgerliche Mehrheit die notwendige Aufstockung des Grenzwachtkorps um 200 Stellen aus finanzpolitischen Gründen ablehnt oder Botschaften routinemässig bewacht werden müssen. Es liegt auch keine «schwerwiegende» Bedrohung der inneren Sicherheit vor, wenn die Kantone ihre Polizeibestände nur deshalb abbauen, weil sie – scheinbar kostengünstig – jederzeit Militär in jeder gewünschten Anzahl zum Einsatz im Innern aufbieten können. Wird mit dem Entwicklungsschritt 08/11 die Anzahl Infanterietruppen erhöht, so muss mit Blick auf eine zukunftsgerichtete Armee reform gleichzeitig der dauerhafte Assistenzdienst der Armee für zivile Behörden im Innern ausgeschlossen werden, wie dies die SP-Fraktion in ihrer Motion 06.3864 fordert.
6. Die Militärpolizei (heute „Militärische Sicherheit“, MilSich genannt) ist mit ein em Bestand von heute 81 Fachberufsoffizieren, 514 Fachberufsunteroffizieren und 174 Fachberufssoldaten, das sind insgesamt 769 Berufsleuten, massiv überdimensioniert. Zur Erfüllung der militärpolizeilichen Aufgaben im engern Sinne sind 200 bis 300 Militärpolizisten ausreichend. Die SP-Fraktion beschliesst deshalb, folgende Motion einzureichen:

Motion (Sprecher: NR Boris Banga)

Der Bundesrat wird eingeladen, den Bestand der Militärischen Sicherheit (MilSic) auf maximal 300 zu begrenzen und die so freigestellten Angehörigen der MilSic dem Grenzwachtkorps zu unterstellen.

Begründung

Der Ständerat hat am 14. März 2005 das Postulat 04.3645 von SR Thomas Pfisterer angenommen. Der Bundesrat hatte am 4. März 2005 Ablehnung beantragt. Das Postulat forderte, 50 bis 200 Vollzeitstellen von der Militärischen Sicherheit (VBS) zum Grenzwachtkorps (EFD) zu verschieben. Es ist seither aber nichts in diese Richtung passiert.

Seit 1997 wirkt das Militär im GWK an der Grenze mit. Der permanente Einsatz von Militär für grenzpolizeiliche Aufgaben ist aus aussenpolitischen und aus staatspolitischen Gründen abzulehnen. Dies erklärte auch die EU in der Schengen-Evaluation Österreichs. Österreich kann nur fortfahren, indem es den Armeeeinsatz als befristet erklärt.

Das GWK zieht angesichts des hohen Risikos professionelle Grenzwächter einem Dauereinsatz von Durchdienern vor. Mit dem Pilotprojekt 2007 erscheint die Übung in technischer Hinsicht knapp verantwortbar zu sein, bleibt politisch aber falsch. Die Durchdiener werden GWK-intern sehr gut geschult und haben nach der Ausbildung Aspirantenstatus. Das GWK hofft, aus diesem Pool zukünftige Grenzwächter rekrutieren zu können. Die Erfahrungen müssen evaluiert und in einem Bericht an das Parlament bewertet werden.

---

1 BV Art. 58 Abs. 3 lautet: «Der Einsatz der Armee ist Sache des Bundes. Die Kantone können ihre Formationen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung auf ihrem Gebiet einsetzen, wenn die Mittel der zivilen Behörden zur Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit nicht mehr ausreichen.»